

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökey Akbulut, Matthias W. Birkwald, Anke Domscheit-Berg, Nicole Gohlke, Ates Gürpınar, Pascal Meiser, Žaklin Nastić, Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Teenagerschwangerschaften in Deutschland

Teenagerschwangerschaften haben sowohl soziale und wirtschaftliche als auch gesundheitliche Auswirkungen. Junge Eltern sehen sich häufig mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, darunter die Vereinbarkeit von Schule oder Ausbildung mit der Elternschaft, die finanzielle Belastung, die Risiken für die psychische Gesundheit durch Stigma und Belastung sowie die Auswirkungen auf die Zukunftschancen von jungen Eltern. Dies deutet nach Ansicht der Fragestellenden darauf hin, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Prävention und Unterstützung in diesem Bereich zu verbessern.

Es ist die Auffassung der Fragestellenden, dass die finanzielle Unterstützung für schwangere Minderjährige und Eltern unter 18 Jahren häufig unzureichend ist. Die begrenzten Mittel, die vom Staat oder von den zuständigen Behörden bereitgestellt werden, reichen oft nicht aus, um den zusätzlichen Bedarf an Unterstützung abzudecken. Es ist entscheidend, dass der Staat angemessene finanzielle Unterstützung bereitstellt, um die Kosten für medizinische Versorgung, Ernährung, Kinderbetreuung und Bildung zu decken. Denn finanzielle Instabilität kann die Schwierigkeiten, die mit einer Teenagerschwangerschaft einhergehen, noch verstärken und die Aussichten für eine erfolgreiche Zukunft der jungen Eltern beeinträchtigen. Darüber hinaus ist die Bereitstellung von umfassenden Informationen über die verfügbaren Finanzhilfen für diese Zielgruppe von entscheidender Bedeutung, weil viele junge Eltern nicht ausreichend über ihre Rechte und Ansprüche informiert sind. Es ist die Auffassung der Fragestellenden, dass ein Mangel an gezielten Initiativen zur Unterstützung schwangerer Minderjähriger und junger Eltern besteht. Es ist notwendig, dass staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und andere relevante Akteure Programme entwickeln, die speziell auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe zugeschnitten sind. Diese Initiativen sollten nicht nur finanzielle Unterstützung bieten, sondern auch psychosoziale Beratung, Zugang zu Bildung und beruflichen Möglichkeiten sowie eine umfassende medizinische Versorgung.

Eine der zentralen Herausforderungen für junge Mütter und Väter ist die Vereinbarkeit von (Weiter-)Bildung mit einer Schwangerschaft. Um die Schule, die Ausbildung oder das Studium fortsetzen zu können, ist es nach Auffassung der Fragestellenden notwendig, dass Bildungseinrichtungen spezielle Unterstützungsmaßnahmen bereitstellen, wie zum Beispiel Sonderregelungen für Prüfungen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Dies ist jedoch auch heute

immer noch reine Glückssache und es gibt keinen wirksamen Schutz für Bildungszugänge von Schwangeren und Müttern unter 18 Jahren. Eine ganzheitliche Unterstützung, die sowohl die Bildungsziele als auch die Elternschaft berücksichtigt, ist erforderlich, um jungen Eltern eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn zu ermöglichen und ihre Zukunft, sowie die ihrer Kinder, zu sichern. Auch wenn eine Schwangerschaft im Teenageralter nicht zwingend zu sozialem Abstieg führen muss, sind die Herausforderungen, die damit einhergehen, immens.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus dem Jahr 2008 hat festgestellt, dass es starke regionale Unterschiede in der Häufigkeit der Teenagerschwangerschaften gibt. Auffällig ist hierbei, dass es speziell in Berlin und Brandenburg eine deutlich steigende Tendenz der Teenagerschwangerschaften gibt (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2008, Teenagerschwangerschaften in Berlin und Brandenburg, Angebote und Hilfebedarf aus professioneller Sicht, shop.bzga.de/pdf/13300028.pdf).

Schwangere Minderjährige haben häufig keinen angemessenen Zugang zu adäquater Hebammenversorgung, dieses Problem ist in ländlichen Gebieten noch verstärkt. Die Verfügbarkeit qualifizierter Hebammen, die speziell auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe eingehen können, ist nach Auffassung der Fragestellenden unerlässlich, um eine umfassende medizinische Betreuung zu gewährleisten, psychischen Beistand und Unterstützung zu leisten und ein Gelingen der Elternschaft zu ermöglichen. Gründe für die unzulängliche Betreuung liegen in Problemen, die schon seit Jahren bekannt sind, aber an denen sich nichts geändert hat, beispielsweise dem Fachkräftemangel sowie der Landflucht von medizinischem Personal. Auch Adultismus ist in dem Kontext häufig ein Problem. Den jungen Eltern wird oft schon von Beginn der Schwangerschaft an vermittelt, sie seien aufgrund ihres Alters unfähig, gute Eltern zu sein.

Die sexuelle Aufklärung in Schulen ist oft unzureichend und nicht altersgerecht, obwohl eine umfassende und korrekte sexuelle Bildung entscheidend ist, um Teenagerschwangerschaften zu verhindern. Die Lehrpläne stammen zum Teil aus den 80er-Jahren (STI-Report: Sexualbildung an deutschen Schulen teils mangelhaft, www.fernarzt.com/wissen/studien/sti-report/). Es ist die Auffassung der Fragestellenden, dass die Lehrpläne auch Fragen zur Prävention abdecken sollten, die nicht nur auf biologische Aspekte, sondern auch auf Verhütung, Beziehungsdynamiken, emotionale Gesundheit und Kommunikation eingehen. In vielen Elternhäusern fehlen häufig die Kompetenzen, um über diese Themen adäquat mit den Kindern zu sprechen, weshalb dem schulischen Sexualkundeunterricht eine besondere Bedeutung zukommt.

Der Zugang zu umfassender und zielgerichteter sexueller Aufklärung ist wesentlich bei der Frage, wie Prävention von Teenagerschwangerschaften gelingen kann. Studien zeigen, dass eine frühzeitige und sachgemäße Aufklärung über Sexualität, Verhütungsmethoden und die Konsequenzen von ungeschütztem Geschlechtsverkehr dazu beitragen können, Teenagerschwangerschaften zu reduzieren (BZgA, Erste Ergebnisse der neuen Befragungswelle BZgA-Studie „Jugendsexualität“, www.bzga.de/aktuelles/2020-12-03-erste-ergebnisse-der-neuen-befragungswelle-bzga-studie-jugendsexualitaet/). Sichere Verhütung ist nach Ansicht der Fragestellenden besonders für junge Leute mit wenig oder gar keinem Einkommen schwer bis unmöglich. Bis dato werden von den Krankenkassen zwar bestimmte Verhütungsmittel für Frauen unter 21 Jahren bezahlt, dabei handelt es sich aber fast ausschließlich um hormonelle Verhütungsmittel, die ausschließlich für die Frau von der Krankenkasse übernommen werden. Das bedeutet aus Sicht der Fragestellenden zum einen, dass die Verantwortung der Verhütung ausschließlich bei den Mädchen und Frauen liegt und zum anderen, dass dieses Bild der Verantwortungsverteilung eingepreßt wird. Dazu kommt, dass junge Mädchen damit faktisch schon früh dazu gezwungen wer-

den, hormonell zu verhüten und die damit verbundenen Risiken zu tragen. Hormonfreie Verhütungsmethoden, wie beispielsweise Kondome oder Geräte zur Temperaturmessung, sind für diese Gruppe aufgrund der Kosten selten eine Option (vgl. Bundestagsdrucksache 19/2699).

Eine Evaluierung der aktuellen Maßnahmen zur sexuellen Aufklärung und Verhütung bei Jugendlichen und eine Verbesserung und Ausweitung der bestehenden Programme ist nach Auffassung der Fragestellenden deshalb besonders wichtig. Um ein umfassendes Bild von der Situation der Teenagerschwangerschaften in Deutschland zu erhalten, bedarf es aktueller Statistiken und Studien. Es müssen Informationen darüber erhoben werden, wie viele tatsächliche Teenagerschwangerschaften, inklusive Schwangerschaftsabbrüche, es jährlich gibt, über die Altersgruppen der betroffenen Jugendlichen, die regionalen Unterschiede sowie darüber, wie die finanziellen und sozialen Ausgangslagen der Schwangeren sich gestalten. Diese und weitere Ergebnisse würde es ermöglichen, gezielte Maßnahmen zu entwickeln, um Teenagerschwangerschaften vorzubeugen, zu begleiten und Betroffene ganzheitlich und gezielt zu unterstützen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viel Geld gibt der Bund, speziell das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), für die Unterstützung von schwangeren Jugendlichen und Eltern unter 18 Jahren jährlich aus?
 - a) Wie viel Geld war hierfür im Haushalt 2023 enthalten?
 - b) Wie viel Geld ist für den Haushalt 2024 eingeplant?
 - c) Wie viel Geld wird nach 2024 bereitgestellt?
2. Wieso wurde der Posten für die Bundesstiftung Frühe Hilfen von 86 Mio. Euro im Jahr 2022 auf 56 Mio. Euro im Jahr 2023 reduziert?
3. Plant die Bundesregierung, insbesondere das BMFSFJ, neue Initiativen zur Unterstützung von schwangeren Jugendlichen und Eltern unter 18 Jahren, und wenn ja, welche?
4. Welche Finanzhilfen können nach Kenntnis der Bundesregierung schwangere Jugendliche und Eltern unter 18 Jahren beantragen?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele der Berechtigten diese Finanzhilfen abrufen?
6. Plant die Bundesregierung Programme oder Initiativen, um speziell Jugendliche aus Familien im Bürgergeldbezug, aus bildungsfernen Schichten und jene mit Migrationshintergrund bei der Prävention von Schwangerschaften stärker zu unterstützen, um dem belegten Zusammenhang von finanzieller Stellung, Bildungsniveau, sozialem Status und Schwangerschaft bei unter 18-Jährigen entgegenzuwirken?
7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Gemeinsame Bundesausschuss plant, die bisher fehlenden allgemeinen Leitlinien für die Betreuung schwangerer Jugendlicher durch Ärzte, Hebammen oder andere Betreuende einzuführen, oder plant die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und das BMFSFJ, auf eine solche allgemeine Leitlinie hinzuwirken?
8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Häufigkeit und Altersstruktur von schwangeren Minderjährigen und jungen Eltern, und plant die Bundesregierung eine Aktualisierung dieser Daten mittels Studien?

9. Plant die Bundesregierung neue Maßnahmen zur Unterstützung schwangerer Minderjähriger und minderjähriger Eltern?
10. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Schwangerschaftsprävention bei Minderjährigen?
11. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Unterstützung von jungen Eltern in Bezug auf eine bessere Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung oder Studium in der Schwangerschaft oder mit Kind?
12. Welche Initiativen plant die Bundesregierung zur besseren Versorgungslage durch Hebammen für junge Mütter, speziell auch im ländlichen Raum, und hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele minderjährige Mütter jährlich keine Betreuung durch eine Hebamme in Anspruch nehmen können aufgrund der schlechten Versorgungslage?
13. Gibt es seitens der Bundesregierung Bemühungen oder Initiativen, die sexuelle Aufklärung und damit einhergehend die Prävention von Teenagerschwangerschaften in Schulen bundeseinheitlich zu verbessern und zu modernisieren, und wenn ja, welche?
14. Wird die Bundesregierung, speziell das BMG und das BMFSFJ, darauf hinwirken, dass die Kosten für hormonfreie Verhütungsmittel und solche, die vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen, von der Krankenkasse übernommen werden, und wenn nein, weshalb nicht?

Berlin, den 2. August 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion